



Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 22.05.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:59 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r

Dr. Stefan Fassbinder

Mitglied

Camille Marie Damm

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Prof. Dr. Frank Hardtke

Axel Hochschild

Dr. Jörn Kasbohm

Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann

Vertretung für: Dr. Andreas Kerath

Jörg König

Nikolaus Kramer

Katharina Horn

Vertretung für: Alexander Krüger

Gerd-Martin Rappen

Vertretung für: Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Birgit Socher

Dr. Monique Wölk

Abwesend

Mitglied

Dr. Andreas Kerath

entschuldigt

Alexander Krüger

entschuldigt

Jürgen Liedtke

entschuldigt

Verwaltung:

Jeannette von Busse

Achim Lerm

Tobias Schreiber

Anett Hauswald

Winfried Kremer

Gast:
Egbert Liskow

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschriften
- 3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2023
- 3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2023
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 6 Mitteilungen des Präsidenten der Bürgerschaft
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8.1 Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen zur Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2) KV-DVO M-V
Der Präsident der Bürgerschaft BV-P-ö/07/0302
- 8.1.1 Änderungsantrag zu: Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen zur Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2) KV-DVO M-V
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0302
Grit Wuschek BV-P-ö/07/0302-01
- 8.2 9. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/07/0745
- 8.3 Vergabeverfahren Arndtstraße 2 BV-V/07/0739
- 8.3.1 Änderungsantrag: Vergabeverfahren Arndtstraße 2
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0739
SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ BV-V/07/0739-01
- 8.4 Anhebung des Kulturbeitrages des Fischerfestes Gaffelrigg BV-V/07/0756
- 8.5 Neufassung der Satzung über das Anbringen von Straßennamen- und Hausnummernschildern in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/07/0734

8.6	Neuordnung der räumlichen Zuständigkeiten der Ortsteilvertretungen <i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Ibrahim Al Najjar, Antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung</i>	BV-P-ö/07/0287-03
8.7	Photovoltaik-Anlagen auf Dächern ausdrücklich erwünscht <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>	BV-P-ö/07/0288
8.8	Interessenbekundungsverfahren CarSharing <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>	BV-P-ö/07/0296-02
8.9	Prüfauftrag an die Stadt Greifswald, vertr. durch Oberbürgermeister Dr. Fassbinder zur vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Situation der Stadt sowie die Erstellung eines ausführlichen Integrationskonzeptes <i>Grit Wuschek</i>	BV-P-ö/07/0299-01
8.10	Prüfauftrag Zwischenlösungen für fehlende Hortplätze finden <i>CDU-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0301
8.11	Außerplanmäßige Ausgaben für Neugestaltung Bildwegstation "Wiesen bei Greifswald" im Rahmen des CDF-Jubiläums	BV-V/07/0768
8.12	Wegeleitsystem zum CDF-Jubiläum	BV-V/07/0769
8.13	Sperrvermerk gem. Beschluss BV-V/07/0706-12 als Änderungsantrag zum Haushalt 2023/2024: Erneuerung Wackelschiff	IV/07/0079
9	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses	
10	Ende der Sitzung	

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschriften
 - 3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2023
 - 3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 02.03.2023
 - 3.3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2023
 - 3.4 Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 02.05.2023
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 5 Mitteilungen des Präsidenten der Bürgerschaft
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 7.1 Höhergruppierung einer Amtsleiterin PV/07/0013
 - 7.2 Höhergruppierung eines Amtsleiters PV/07/0014
 - 7.3 Erwerb des Gebäudes Lange Straße 2 a BV-V/07/0748-01
 - 7.4 Fernwärmeanschluss Integratives Schulzentrum Am Ellernholzteich BV-V/07/0755
 - 7.5 Verkauf einer Arrondierungsfläche im Puschkinring BV-V/07/0738
 - 7.6 Antrag auf Mietpreiserhöhung Gützkower Straße 59 BV-V/07/0740
 - 7.7 Polder Eisenhammer – Eintragung einer Dienstbarkeit und Annahme einer Ausgleichszahlung für Wertverlust BV-V/07/0741
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister

. informiert über nachträglich eingegangene Vorlagen

- „*Änderungsantrag zu: Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen zur Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2) KV-DVO M-V Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0302*“ (BV-P-ö/07/0302-01) von Frau Wuschek
→ Einordnung zu TOP 8.1
- „*Außerplanmäßige Ausgaben für Neugestaltung Bildwegstation "Wiesen bei Greifswald" im Rahmen des CDF-Jubiläums*“ (BV-VI07/0768)
→ Die Dringlichkeit sei durch das herannahende Jubiläum begründet.
→ Einordnungsvorschlag als TOP 8.11
- „*Wegeleitsystem zum CDF-Jubiläum*“ (BV-VI07/0769)
→ Die Dringlichkeit sei durch das herannahende Jubiläum begründet.
→ Einordnungsvorschlag als TOP 8.12
- „*Sperrvermerk gem. Beschluss BV-V/07/0706-12 als Änderungsantrag zum Haushalt 2023/2024: Erneuerung Wackelschiff*“ (IV/07/0079)
→ Einordnungsvorschlag als TOP 8.13

Frau Damm nimmt an der Sitzung des Hauptausschusses teil.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob es zu den Vorschlägen Widerspruch gebe, gibt es keine Wortmeldungen.

Weiterer Änderungsbedarf besteht nicht.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

3 Bestätigung der Niederschriften

3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2023

Es besteht kein Änderungsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.03.2023

Es besteht kein Änderungsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister

. informiert über

den aktuellen Stand der Unterbringung Geflüchteter

Insbesondere die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald sei in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald seit einiger Zeit intensiv mit der dezentralen Unterbringung befasst. In der Friedrich-Loeffler-Straße 44 und 44a seien 28 Plätze derzeit im Bezug. Ab Juli entstünden voraussichtlich weitere 100 Unterbringungsplätze in Abstimmung zwischen Landkreis und WVG mbH Greifswald. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolge gemeinsam mit dem Landkreis.

die geplante Bürgerbeteiligung zum Umgang mit geflüchteten Menschen in Greifswald

Es seien verschiedene Formate geprüft worden. Die Entscheidung sei auf die Durchführung eines Bürgerforums gefallen. Nach Rücksprache mit verschiedenen Expert*innen werde die Bürgerbeteiligung in geschlossener Form ausgeübt, zu der die Teilnehmenden ausgelost werden. Dieses Vorgehen habe den Vorteil, dass die Veranstaltung in einem geschützten Rahmen stattfindet und Personen teilnehmen, die sich unter anderen Umständen nicht äußerten. Das Bürgerforum werde am 10.06.2023 durchgeführt. Das Losverfahren laufe

bereits. Expert*innen werden die Bürger*innen beraten und Input geben. Ziel sei es, eine Art Handlungsempfehlung zu erarbeiten, wie Integration in Greifswald gelingen könne.

Frau von Busse

. teilt mit, dass

- am 02.06.2023 die Eröffnung der Außenanlagen der Martin-Andersen-Nexö-Grundschule begangen werde. Die Einladungen werden noch versandt. Es bestehe die Hoffnung, dass Herr Minister Pegel anwesend sein werde, da für diese Vorhaben Fördermittel in Größenordnungen bewilligt worden seien.
- weiterhin Gespräche mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald hinsichtlich der ÖPNV-Finanzierung durchgeführt werden. Teilerfolge seien bereits erreicht. Allerdings bestehe noch keine abschließende übereinstimmende Willenserklärung und keine annehmbare, tragbare Summe, auf die man sich habe einigen können. Insofern finden weitere Gespräche statt. Zwischenzeitlich habe der Verkehrsbetrieb signalisiert, dass eine gewisse Zeit für die Einführung des neuen Liniennetzes benötigt werde, sodass davon ausgegangen werde, dass die Umsetzung voraussichtlich bis Ende 2023 erfolge.

Frau Socher

. fragt nach aktuellen Zahlen, wie viele Flüchtlinge in den Landkreis Vorpommern-Greifswald kommen und wie deren Verteilung aussehe.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass die genauen Zahlen nur dem Landkreis vorlägen und daher nachgereicht werden müssten.

Herr Rappen

. möchte hinsichtlich des Bürgerforums wissen, wie die Expert*innen ausgewählt werden, aus welchem Bereich sie kämen und ob sie bereits benannt seien.

Herr Dr. Fassbinder

. teilt mit, dass es eine Koordinierungsgruppe innerhalb der Verwaltung gebe, die in Zusammenarbeit mit der Koordinierungs- und Fachstelle der „Partnerschaft für Demokratie“ in Greifswald und dem Kommunalen Konfliktmanagement dieses Projekt erarbeite.

6 Mitteilungen des Präsidenten der Bürgerschaft

keine

7 Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen zur Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2) KV-DVO M-V

BV-P-ö/07/0302

Der Präsident der Bürgerschaft

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . informiert, dass die Stellungnahme von Frau Wuschek nach der Frist eingereicht worden sei, sodass sie aus seiner Sicht nur über einen Änderungsantrag hinzugefügt werden könne.

Herr Kramer

- . teilt mit, dass in der Bitte um die Einreichung der Stellungnahmen ebenfalls gewisse Formatierungen für diese Stellungnahme nahegelegt worden seien. Die Stellungnahme der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft sei, seiner Meinung nach, die Einzige, die diesen Formatierungen nachgekommen sei. Es handele sich zwar um eine Bitte, aber die Einreichung bis zu einem bestimmten Termin sei ebenfalls als Bitte formuliert, sodass beide Punkte gleich zu behandeln seien.
- . spricht sich daher dagegen aus, die Stellungnahme von Frau Wuschek als Änderungsantrag zu behandeln, sondern sie müsse der bestehenden Beschlussvorlage hinzugefügt werden.

Der Präsident der Bürgerschaft

- . bestätigt, dass beide Formalien als Bitte formuliert seien. Allerdings müsse zu einem gewissen Zeitpunkt die Vorlage erstellt werden, um sie fristgemäß in den Gremienlauf einzubringen.
- . könne dem Begehren daher nicht folgen. Letztendlich entscheide aber die Mehrheit der Bürgerschaft.

Herr Dr. Meyer

- . fragt, ob die Aufnahme der Stellungnahme von Frau Wuschek eine inhaltlich erhebliche Änderung in der Beschlussvorlage ergebe.

Der Präsident der Bürgerschaft

- . antwortet, dass es sich bei den Punkten 1 bis 3 lediglich um Formalien handele. Nur von Punkt 4 gehe eine gravierende Änderung aus. Hierin gehe Frau Wuschek darauf ein, dass ein Beschluss des Kreistages Berücksichtigung finden solle. Dies müsse formal in die Stellungnahme aufgenommen werden, da dies bisher niemand gefordert habe.

Herr Dr. Kasbohm

- . sagt, dass Punkt 4 des Änderungsantrages von Frau Wuschek in keiner Stellungnahme enthalten sei und die Stellungnahme des Präsidenten der Bürgerschaft eine Zusammenfassung aller darstellen solle.
- . stimmt zu, dass der Landrat durch den Beschluss des Kreistages gebunden sei. Aber sofern die Geflüchteten eintreffen und keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr bestehen, bedeute das, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Eigenverantwortung die Sporthallen zur Verfügung stellen müsse. Dies stelle zudem ein Risiko zur Gültigkeit des Bürgerentscheides dar.

Herr Hochschild

- . widerspricht der Aussage von Herrn Dr. Kasbohm. Der Beschluss des Kreistages sei auch für die Stadt verbindlich, da er der Bürgerschaft übergeordnet sei. Darin sei festgelegt, dass Sporthallen nicht für Geflüchtete genutzt werden sollen.
- . hält es für maßgeblich, wenn Frau Wuschek der Meinung sei, dass dies Teil ihrer Stellungnahme sein solle.
- . werde in jedem Fall dafür stimmen. Über die nicht fristgerechte Einreichung könne seiner Ansicht nach hinweggesehen werden.

Frau Socher

- . berichtet aus der Sitzung des Kreistages und stellt klar, dass der in Rede stehende Beschluss, die Sporthallen nicht zu nutzen und der Beschluss Container anzuschaffen in

gemeinsamer Aussprache behandelt worden seien. Es habe zu jeder Zeit im Raum gestanden, dass durch die Anschaffung von Containern die Nutzung der Sporthallen vermieden werden könne. Daher müsse dann auch, gemäß des Beschlusses des Kreistages, die Umsetzung erfolgen, dass die Flüchtlinge in Containern unterzubringen seien.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**8.1.1 Änderungsantrag zu: Inhaltliche Stellungnahme der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Bürgerentscheid "Verpachtung städtischer Flächen zur Errichtung von Containerdörfern" nach § 17 (2) KV-DVO M-V
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/07/0302**

BV-P-ö/07/0302-01

behandelt unter TOP 8.1

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

8.2 9. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0745

Herr Rappen

. gibt – gemäß der Aufforderung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen – mündlich zwei Anregungen, wie die Änderungssatzung anders gestaltet werden könnte.

. bittet um Überprüfung dieser Vorschläge und gegebenenfalls um Einreichung einer angepassten Beschlussvorlage bis zur Bürgerschaft.

Der Oberbürgermeister

. geht davon aus, dass diese Änderungsvorschläge in Form eines Änderungsantrages durch die CDU-Fraktion eingebracht werden.

. lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	0

Herr Kremer

. geht auf den Änderungsantrag „*Änderungsantrag: Vergabeverfahren Arndtstraße 2 Antrag zur Vorlage BV-V/07/0739*“ (BV-V/07/0739-01) der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ein:

- zu Punkt 3
 - o Der Begriff „Integratives Wohnen“ sei sehr unbestimmt. Die Vorgabe von Kriterien und deren Bewertung stelle sich äußerst schwierig dar.
 - o Die genannten Personengruppen unter dem dritten Anstrich seien ebenfalls sehr unbestimmt. Im Grunde müsse zum Konzept bereits feststehen, welche Personengruppe dort einziehen solle.
- zu Punkt 1 ein Hinweis des Stadtbauamtes

Hier werde die energetische Sanierung sehr stark hochgesetzt. Dies berge die Gefahr, dass am Ende städtebauliche und Denkmalschutzbelange hintenanstünden.
- zu Punkt 2

Dies würde beinhalten, dass bereits im Antragsverfahren in die Detailplanung gegangen werden müsse. Ob bei der Abgabe des Grobkonzeptes bereits einschätzbar sei, wie viele ökologische Baustoffe verwendet werden, sei fraglich. Dafür müssten bereits die ersten drei Leistungsphasen beauftragt sein. Für die Verwaltung bestehe die Schwierigkeit der Überprüfung und Bewertung. Man müsste sich diesbezüglich auf Aussagen der Architekten verlassen. Zudem stelle sich die Frage, was der Begriff „ökologische Baustoffe“ umfasse.

Die Verwaltung sehe daher den Änderungsantrag sehr kritisch.

Frau Dr. Wölk

. geht auf Punkt 2 des Änderungsantrages ein und ist der Meinung, wer sich auf den Kauf der Arndtstraße 2 bewerbe, könne im Vorfeld einschätzen, ob eine Bereitschaft zur Verwendung ökologischer Baustoffe bestehe oder nicht. Ein Zertifikat sei nicht erforderlich. Hierbei habe die Verwaltung durchaus die Möglichkeit, eine Prüfung im Rahmen der Konzeptabgabe durchzuführen.

Die Frage, welche Art von Förderung für bestimmte Personengruppen mit dem Konzept eingereicht werde, stelle aus ihrer Sicht keine Schwierigkeit bei der Bewertung dar. Es gehe darum, Personengruppen zu unterstützen, die am Wohnungsmarkt prinzipiell benachteiligt seien.

Integratives Wohnen bedeute, dass Personen mit Einschränkungen aufgenommen werden und somit möglichst barrierearm gebaut werde.

. sieht zu Punkt 1 kein Problem darin, hier den Denkmalschutz auszuhebeln. Es bestehe die bundesweite Vorgabe, dass die erneuerbaren Energien gestärkt werden sollen. Dabei gehe es nicht darum, um jeden Preis erneuerbare Energien einzusetzen, sondern um die Prüfung, ob eine Arbeit mit derartigen Energiequellen möglich sei.

. hält die genannten Punkte nicht für unprüfbar oder nicht bewertbar. Daher halte die SPD-Fraktion an ihrem Änderungsantrag fest.

Herr König

. fragt, ob eine Vertagung der Beschlussvorlage inkl. Änderungsantrag in die nächste Sitzung der Bürgerschaft am 05.06.2023 möglich sei.

Frau von Busse

. greift die Aussagen von Herrn Kremer hinsichtlich des Änderungsantrages auf und weist ebenfalls darauf hin, dass die Forderungen im Änderungsantrag nicht konkret genug seien. Beispielsweise bei dem Begriff „Familie“ gebe es die unterschiedlichsten Auslegungsmöglichkeiten.

Selbstverständlich könnten in das Konzept alle geplanten Vorhaben aufgenommen werden, aber die Frage von Herrn Kremer beziehe sich auf die konkrete Überprüfung der Punkte, die Art der Sanktionen und den anschließenden Umgang damit.

In anderen Bauprojekten habe es bereits Gerichtsverfahren gegeben, in denen es um Vergabekriterien gegangen sei. Zudem trage es nicht zu einer zügigen Fertigstellung des Objektes bei.

Bei den Punkte 2 und 3 bestünden erhebliche Auslegungsschwierigkeiten.

Herr Schreiber

. spricht sich gegen die Verschiebung von Zuständigkeiten aus. Für diese Angelegenheit sei gem. § 5 Abs. 5 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald der Hauptausschuss zuständig. Andere Vergabeverfahren seien in der Vergangenheit bereits angegriffen worden, so dass zur Sicherheit Fehler aufgrund der Verschiebung der Zuständigkeiten vermieden werden sollten.

Herr König

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage „Vergabeverfahren Arndtstraße 2“ (BV-V/07/0739) um einen Sitzungszyklus zu schieben.

. fragt, ob diese Vertagung negative Konsequenzen mit sich bringe.

Herr Dr. Fassbinder

. verneint die Frage von Herrn König.

. bittet allerdings darum, die Beschlussfassung im nächsten Sitzungszyklus, wie vorgesehen, im Hauptausschuss vorzunehmen.

. lässt über die Zurückverweisung der Beschlussvorlage „Vergabeverfahren Arndtstraße 2“ (BV-V/07/0739) und des Änderungsantrages „Änderungsantrag: Vergabeverfahren Arndtstraße 2

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0739“ (BV-V/07/0739-01) der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ in die Fachausschüsse abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	5	1

Abstimmungsergebnis:

In den nächsten Sitzungszyklus verschoben

8.3.1 Änderungsantrag: Vergabeverfahren Arndtstraße 2 Antrag zur Vorlage BV-V/07/0739

BV-V/07/0739-01

Behandelt unter TOP 8.3

Abstimmungsergebnis:

In den nächsten Sitzungszyklus verschoben

8.4 Anhebung des Kulturbeitrages des Fischerfestes Gaffelrigg

BV-V/07/0756

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die

Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

8.5 Neufassung der Satzung über das Anbringen von Straßennamen- und Hausnummernschildern in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0734

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

8.6 Neuordnung der räumlichen Zuständigkeiten der Ortsteilvertretungen

BV-P-ö/07/0287-03

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

8.7 Photovoltaik-Anlagen auf Dächern ausdrücklich erwünscht

BV-P-ö/07/0288

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

8.8 Interessenbekundungsverfahren CarSharing

BV-P-ö/07/0296-02

Herr Rappen

. merkt an, dass bei dieser Beschlussvorlage keine Deckungsquelle benannt sei. Bei einer Hochrechnung, bezogen auf max. 10 Parkplätzen, entstünde ein Einnahmeverlust von ca. 10 TEUR bei der Stadt oder der Greifswalder Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft mbH.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass dies geprüft werde.

Anmerkung nach der Sitzung:

Zum Zeitpunkt der Sitzung war in der Beschlussvorlage ein Teilhaushalt angegeben, welcher gemäß § 31 Absatz 2 Satz 2 KV M-V sowie gemäß der Schweriner Kommentierung der Kommunalverfassung M-V § 31 Randziffer 6 Satz 3 ausreichend für die Beschlussfassung ist.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

- 8.9 Prüfauftrag an die Stadt Greifswald, vertr. durch Oberbürgermeister Dr. Fassbinder zur vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Situation der Stadt sowie die Erstellung eines ausführlichen Integrationskonzeptes** **BV-P-ö/07/0299-01**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

- 8.10 Prüfauftrag Zwischenlösungen für fehlende Hortplätze finden** **BV-P-ö/07/0301**

Herr Rappen

. berichtet von einer Andeutung aus einem Presseartikel, dass der Träger der Horte hinsichtlich einer Ausnahmegenehmigung erneut an den Landkreis Vorpommern-Greifswald herantreten solle.

. geht davon aus, dass der Vorschlag angenommen werde und möglicherweise zur Sitzung der Bürgerschaft bereits ein Ergebnis präsentiert werden könne.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass die Doppelnutzung ausgereizt sei. Dies sei mit allen beteiligten Personen besprochen worden. Die Möglichkeit der Nutzung der Jugendherberge sei bereits geprüft worden. Diese scheide aufgrund der räumlichen Gegebenheiten aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

- 8.11 Außerplanmäßige Ausgaben für Neugestaltung Bildwegstation "Wiesen bei Greifswald" im Rahmen des CDF-Jubiläums** **BV-V/07/0768**

Frau Hauswald bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass es sich hierbei um eine Umbuchung vom Aufwand in die Investition handele und nicht um eine Mehrausgabe.

Herr Rappen

. bezieht sich auf diese Beschlussvorlage und die im nachfolgenden Tagesordnungspunkt „Wegeleitsystem zum CDF-Jubiläum“ (BV-V/07/0769) und fragt, weshalb beide nicht in die

Fachausschüsse eingebracht worden seien.

. möchte wissen, wie sich diese freiwilligen Leistungen in Bezug auf die vorläufige Haushaltsführung verhalten.

. findet die Neugestaltung des Ortes „Wiesen bei Greifswald“ sehr wichtig. Allerdings müssten hier auch die dahinführenden Wege verbessert werden.

. bittet hinsichtlich des Wegeleitsystems um Vorstellung, was sich konkret hinter dem Vorhaben verberge.

Herr Prof. Dr. Stamm-Kuhlmann

. berichtet, dass das Caspar-David-Friedrich-Budget in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft vorgestellt worden sei.

. fragt, ob er recht in der Annahme gehe, dass das Budget mit diesen beiden Projekten erschöpft sei.

Frau Hauswald

. informiert, dass es sich bei dem Budget, welches sie im Fachausschuss vorgestellt habe, um Fördermittel für Dritte handele.

. sagt, dass sie das Wegeleitsystem im nächsten Gremienlauf vorstellen werde. Bei dem Wegeleitsystem gebe es drei verschiedene Ebenen, welche die Besucher*innen in der Stadt entsprechend leiten sollen. Das braune Leit- und Orientierungssystem, durch das man zu besonderen kulturellen Einrichtungen geführt werde, sei bereits bekannt. Es gebe fünf Standorte - am Bahnhof, dem Museumshafen, dem Marktplatz, in Wieck und am Mühlentor – an denen Besucher*innen zum Jubiläum informiert werden. Darüber hinaus sollen Besucher*innen an den sechs Ortseingängen in Greifswald über das Jubiläum in Kenntnis gesetzt werden.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass dies normales Verwaltungshandeln darstelle. Lediglich durch diese Umbuchung sei es notwendig, dass die Politik einen Beschluss fasse. In diesem Fall sei eine Terminbindung vorhanden, sodass dieses Vorhaben mit entsprechender Begründung in der vorläufigen Haushaltsführung umgesetzt werden könne.

Herr Rappen

. hinterfragt das Vorgehen, weshalb zuerst die finanziellen Mittel durch den Hauptausschuss bereitgestellt werden sollen und erst im Anschluss das Vorhaben selbst vorgestellt werde.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass es üblich sei, dass die Politik die Investitionssumme bereitstelle und die Verwaltung im Anschluss das Projekt umsetze sowie die konkrete Umsetzung im Detail vorstelle.

Das Wegeleitsystem selbst sei bereits durch die Bürgerschaft beschlossen. Hierbei gehe es lediglich um die haushälterische Umbuchung.

Frau Hauswald

. geht auf die Frage von Herrn Rappen ein, weshalb keine Beratung in den Fachausschüssen stattgefunden habe und berichtet, dass erst durch die vorzunehmende Umbuchung festgestellt worden sei, dass überhaupt eine Beschlussfassung notwendig sei.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 70.000,- € zur Umgestaltung der Bildwegstation „Wiesen bei Greifswald“ am Neuen Friedhof.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Anlage 1 Lageplan_20230412 öffentlich

8.12 Wegeleitsystem zum CDF-Jubiläum

BV-V/07/0769

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 321.200,- € zur Finanzierung eines Wegeleitsystems in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Caspar-David-Friedrich-Jubiläum.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	0

8.13 Sperrvermerk gem. Beschluss BV-V/07/0706-12 als Änderungsantrag zum Haushalt 2023/2024: Erneuerung Wackelschiff

IV/07/0079

Frau von Busse

. informiert, dass dieses Vorhaben in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit bereits angekündigt worden sei. Hierzu sei allerdings kein Beschluss notwendig. Da das Projekt jedoch im Haushalt beschlossen worden sei, werde diese Information gegeben. Die Umsetzung solle zeitnah erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Herr Rappen

. fragt,

- weshalb bei dem Post der Stellungnahme der Stadtverwaltung auf der Facebook-Seite die Kommentarfunktion ausgestellt worden sei.
- ob es zulässig sei, dass auf den Plakaten von dem Bündnis „Greifswald für alle“ hinsichtlich des Bürgerentscheides u. a. städtische Einrichtungen und Organisationen, die in einem erheblichen Umfang durch die Stadt finanziert werden, aufgeführt seien.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass die Kommentarfunktion immer dann ausgeschaltet werde, wenn die Kommentare allgemeine Standards verletzen – beispielsweise rassistisch, beleidigend oder drohend ausfallen. Die Stadt müsse hier ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen. Die Aufführung der städtischen Einrichtungen auf den Plakaten sei zulässig. In der Stellungnahme der Verwaltung werde eindeutig Position bezogen.

10 Ende der Sitzung

Der Oberbürgermeister beendet die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses um 18:45 Uhr.

Vorsitz:

Protokollant/in:

Dr. Stefan Fassbinder

Sarah Wiesenberg